Nr. 30. Abendausgabe. Sonnabend, 18. Januar 1913.

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Stadtverordnetenversammlung.

Montag, den 20. Januar 1913. Nachmittags 6 Uhr. Sitzung des 1., 2., 3. und 4. Ausschusses.

Mittwoch, den 22. Januar 1913, Nachmittags 6 Uhr. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Tagesordnung: Wahl eines Magistratsmitgliedes. Anstellung von Gemeindebeamten. Vollziehung von Wahlen in der städtischen Armen- und Waisenpflege. Wahl von Vertretern zur Genossenschaftsversammlung der Ostpreußischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Entlastung von Jahres- und Baugeldrechnungen. Genehmigung von Etatsüberschreitungen. Gewährung von Nachkrediten. Kenntnisnahme von dem Protokoll über eine außerordentliche Revision der Stadthauptkasse. Abstandnahme des Magistrats von dem Beitritt zu dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung betr. die Befreiung der Zensiten mit einem Einkommen unter 900 Mark von der Verpflichtung zur Steuerzahlung. Rückäußerung des Magistrats auf die Petition des Königsberger Lehrervereins um Revision der Ortszulagen für Rektoren und Lehrer. Annahme eines Legats. Beitrag der Stadtgemeinde zu der geplanten Veteranenstiftung anläßlich der Jahrhundertfeier der Erhebung Preußens. Bewilligung eines Betrages für Straßenausschmückungen. Abnahme von Bauten. Verlegung der Zimmer der Alkoholwohlfahrtsstelle mit Linoleum. Verkauf des Grundstücks Wassergasse Nr. 15. Entschädigung für die von Grundstücken der Lawsker Allee zur planmäßigen Straßenverbreiterung bestimmten Parzellen. Programm für den Ausbau der Cecilienallee und Bewilligung der Kosten. Antrag auf Klärung eines Vorfalls in der Markthalle. Zulassung von Kautionsversicherungen an Stelle der zurzeit von städtischen Beamten geforderten Barkaution. Einrichtung einer Handelsschulklasse bei der Kneiphöfischen Mädchenmittelschule. Erhöhung der Amtszulage für Rektoren derjenigen Volksschulen, bei denen keine Prorektorstelle vorhanden ist. Einrichtung von provisorischen Volksschulklassen.

J. V.: Dr. Dirichlet.

Minister und Wahlurnen.

Die Enthüllung des sozialdemokratischen Abg. Fischer in der Reichstagssitzung vom 13. Januar ist nicht nur des Aufsehens wert, das sie gefunden, sie beleuchtet auch die merkwürdige Art und Weise, in der unser preußischer Minister des Innern, Herr v. Dallwitz, zu arbeiten beliebt.

Staatssekretär Delbrück hat an Herrn v. Dallwitz das Ersuchen gerichtet, seinen Widerstand gegen die Einführung amtlicher einheitlicher Wahlurnen, die zur Wahrung des Wahlgeheimnisses notwendig sind, aufzugeben, da ja nun auch die Konservativen im Reichstag für diese Einführung gestimmt haben. Herr v. Dallwitz bleibt aber auf dem Standpunkt: Machen wir nicht. Bei den Reichstagswahlen werden danach wieder die phantastischsten Gegenstände als Wahlurnen auftauchen dürfen. Daß Dr. Delbrück sein Ersuchen unter Berufung auf den Reichstagsbeschluß an seinen Kollegen im preußischen Ministerium gerichtet und dieser ablehnend geantwortet hat, steht fest. Denn Dr. Delbrück hat es nicht bestritten, sondern sich nur gegen den Vertrauensbruch gewendet, durch den Genosse Fischer in den Besitz jenes Schriftwechsels gelangt ist. Aber das hat mit dem Sachverhalt an sich nichts zu schaffen. Er ist jetzt der Oeffentlichkeit übergeben worden und untersteht damit der öffentlichen Beurteilung.

Doch es wäre eigentlich nicht nötig, auf diesen Zwischenfall zurückzukommen; denn daß Preußen mit seiner öffentlich und heimlich regierenden Reaktion in Deutschland der Hemmschuh jedes Fortschritts ist, sogar des Fortschritts, der darin besteht, daß eine gesetzliche Vorschrift, die geheime Wahl, gesichert wird, ist ohnedies bekannt. Hier liegt nur ein weiterer, allerdings recht schlagender Beweis dafür vor. Aber das Verhalten des Herrn v. Dallwitz erhält durch diesen Briefwechsel eine so eigentümliche Beleuchtung, daß man ohne weiteres versteht, weshalb konservative Blätter die Angelegenheit als eine vertrauensbrüchige rasch verscharren möchten, und daß einige Worte hierüber notwendig erscheinen.

Was geschah vor den letzten Reichstagswahlen? Die Regierung hatte eine vertrauliche Verfügung an die Regierungspräsidenten und mittelbar an die Landräte erlassen: Sie sollten in den Wahlkämpfen aufpassen und Angriffe auf die Regierungspolitik zurückweisen durch Berichtigungen, durch Flugblätter, durch Volkskalender, aber so, daß man die amtliche Herkunft nicht merke. Mit anderen Worten: Die Landräte, die schon ohnedies aus verwandtschaftlicher Liebe sich für die konservative Politik einsetzen, bekamen hier noch einen Anstoß von oben; denn die Regierungspolitik war ja die Politik des (nicht existierenden) schwarz-blauen Blocks, der bei den Wahlen fast den siamesischen Zwillingen glich. Dies vertrauliche Schriftstück kam an die Oeffentlichkeit, fand die lebhafteste Kritik, und man fragte u. a., wer denn die Kosten für die Flugblätter (die ihren amtlichen Charakter kaschieren sollten) und für die Unterstützung konservativer Volkskalender tragen werde. Die Veröffentlichung war der Regierung höchst unangenehm. Nachdem einige Tage verstrichen waren, erklärte die „Nordd. Allg. Ztg.", daß sich der Minister nur an die Regierungspräsidenten (nicht an die Landräte) gewendet habe, und zwar schon am 12. September. Dementiert wurde lediglich das Ersuchen um Angabe der Kosten. Im übrigen wurde die Verfügung des Ministers als eine Pflicht der Regierung hingestellt; eine Pflicht, deren Erfüllung man seltsamerweise zu verheimlichen suchte.

Das war Ende Oktober. Mitte November wurde plötzlich ein Erlaß desselben Ministers v. Dallwitz bekannt, den die Liberalen von Herzen billigen konnten. Vielleicht sollte der üble Eindruck jener vertraulichen Verfügung verwischt werden. Der Erlaß machte es den Ober- und Regierungspräsidenten zur Pflicht, der Bestimmung des Wahlregiements zu ihrem Recht zu verhelfen, daß die Wahllisten mindestens acht Tage zu jedermanns Einsicht ausliegen und Abschriften genommen werden dürfen. Die Gemeindebehörden sollten hier nach keiner Richtung Schwierigkeiten bereiten. Noch wichtiger war das Bestreben des Erlasses, das Wahlgeheimnis zu sichern. Dazu gehörte die Forderung, nicht zu kleine Wahlbezirke zu bilden, in denen die geringe Zahl der Wähler die Geheimhaltung der Wahl illusorisch mache. Und ferner wurde auf die merkwürdigen Wahlurnen hingewiesen, die auf dem Lande noch benutzt werden. Herr v. Dallwitz forderte, daß die Verwendung derartiger Gefäße künftig grundsätzlich vermieden werde.

Als diese Rundverfügung verbreitet wurde, werden sich einige Landräte und Amtsvorsteher gefragt haben: Was ist denn nun eigentlich in unseren Dallwitz gefahren? Einige werden sich wahrscheinlich damit getröstet haben, daß hinter dem Erlaß der Ministerpräsident stehe, dem ja „überhaupt nicht zu trauen sei". Die meisten aber werden wohl Herrn v. Dallwitz als klugen Mann gepriesen haben: Er hat recht, das „Gesicht" muß er wahren; wir können dann um so besser unsere alten Usancen üben. Der Minister hat sich salviert, wir stellen ihn nicht bloß, und uns selber wird er kein Haar krümmen, wenn wir gegen seine Verfügung handeln ....

Und so geschah es auch. Kleine Wahlbezirke werden gebildet, ohne daß eingeschritten wurde. Es zeigte sich auch bald, daß die vernünftige Rundverfügung Lücken aufwies. Gegen die Verlegung der Wahllokale in die Wohnungen der Gutsvorsteher oder Gemeindebehörden, selbst dort, wo ein Gasthaus im Ort ist, stand keine Silbe der Warnung. Ebensowenig gegen die Auswahl der Wahlkommissare, die sich auf den Dörfern im wesentlichen aus Gutsherren und ihren Inspektoren zusammensetzen. Beschwerden in dieser Richtung blieben — selbstverständlich — ohne Erfolg. Auch jene preußisch historischen „Urnen" tauchten wieder auf. Ihre Anwendung sollte ja nur grundsätzlich vermieden werden. Ausnahmen waren zugelassen. Und wie soll man in Dörfern zu dem Luxus einer Urne kommen? Zigarrenkisten hat jeder Wahlvorsteher zu Hause, und Suppenterrinen sind auch aufzutreiben, eventuell auch ein Zylinderhut.

Man darf Herrn v. Dallwitz nicht nachsagen, daß er es mit seiner Mahnung, solche Gefäße und Gegenstände als Wahlurnen nicht zu verwenden, nicht ernst gemeint, daß er sie nur zum Schein erhoben habe. Beileibe nicht; denn unser Minister des Innern ist ein Mann von zarten Nerven und Empfindlichkeit. Darum seien nur ganz objektiv die beiden Tatsachen gegenübergestellt: In jener denkenswerten Rundverfügung spricht er sich gegen die Anwendung ungeeigneter Wahlurnen aus, die das Wahlgeheimnis durchbrechen, aber gegenüber der Bitte seines preußischen Ministerkollegen und Reichsstaatssekretärs Dr. Delbrück, rechtzeitig für die Einführung einheitlicher Wahlurnen zu sorgen, bleibt er ein hartnäckiger Neinsager! Dabei wäre es doch nur die selbstverständliche Konsequenz seiner ernsthaft gemeinten Rundverfügung vom November v. Js. Dabei weiß er doch, der schon so lange in der preußischen Verwaltung tätig ist, und selber Landrat war, wie sehr das gesetzlich gewährleistete Wahlgeheimnis durch ungeeignete Urnen durchbrochen wird. Er weiß auch, daß die Praktiken auf dem Lande dazu geführt, richtiger dazu gezwungen haben, das „Wahlklosett" einzuführen, damit der Wähler nicht mehr kontrolliert werden könne, welchen Zettel er ins Kuvert steckt. Er weiß auch, daß diese notwendig gewordene Sicherung wieder aufgehoben wird durch „Urnen", in denen sich die großen Wahlkuverts fein säuberlich der Reihe nach aufschichten.

Staatssekretär Delbrück, der das seinige getan hat, damit endlich der Wunsch des Reichstages (am 21. Mai 1912 ist ein solcher Antrag einstimmig, also auch von den Konservativen angenommen worden) erfüllt werde, ist über den Vertrauensbruch entrüstet, durch den sein Schriftwechsel mit Herrn v. Dallwitz bekannt geworden ist. Entrüstet müßte er vor allem auch über die Hartnäckigkeit seines Kollegen sein. Denn es gibt keinen, aber auch keinen gerechten Grund, diese amtlichen Wahlurnen nicht einzuführen. Im Gegenteil: Die Gerechtigkeit fordert sie. Aber einen ungerechten Grund gibt es: die unsauberen Wahlpraktiken auf dem Lande weiter bestehen zu lassen, auf daß der konservative Terrorismus konservative Wahlen zuwege bringt. Das Hindernis, durch Wahlurnen das Wahlgeheimnis zu sichern, liegt, wie jetzt feststeht, im preußischen „Ministerium des inneren Stillstandes".

Sch—k.

Nochmals der Termin der Landtagswahlen.

In konservativen Blättern sucht man die Mitteilung der „Hartungschen Zeitung", daß die preußischen Landtagswahlen bereits am 14. Mai stattfinden sollen, als unglaubhaft hinzustellen. Dieses Bestreben der Konservativen ist erklärlich. Sie wollen nicht zugeben, daß ihnen selbst der Wahltermin im Mai genehmer ist, als Wahlen im Hochsommer, und sie versuchen durch solche Manöver die Gemüter der Wähler in Sicherheit zu wiegen. Demgegenüber ist festzustellen, daß alle diese Meldungen der konservativen Blätter völlig aus der Luft gegriffen sind, daß vielmehr unsere Ankündigung des 14. Mai als Wahltag richtig ist.

Auch der Versuch der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses, die Steuergesetze mit Hilfe eines Kompromisses noch unter Dach und Fach zu bringen, kann kein Beweis für die Unrichtigkeit unserer Meldung sein. Dieser Kompromißantrag ist nichts anderes, als ein Wahlmanöver der Konservativen, die eine etwaige Schuld an dem Scheitern der Steuergesetze damit von ihren Schultern abwälzen wollen. Er steht auch in krassem Widerspruch mit der sonstigen Verschleppungstaktik, die die konservative Fraktion jetzt beliebt und der voraussichtlich auch das Gesetz über die Elektrisierung der Berliner Stadtbahn zum Opfer fallen wird. Von fortschrittlicher Seite wird man alles versuchen, dies Gesetz noch zu verabschieden, da man in ihm einen wesentlichen Fortschritt sieht. Den Wählern gegenüber muß noch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß, wie schon betont, der 14. Mai als Wahltermin fest in Aussicht genommen ist, und daß sie sich nicht durch die genügend gekennzeichneten konservativen Manöver täuschen lassen dürfen.

Im Gegensatz zu den konservativen Behauptungen versichert ebenfalls auch die „Lib. Korresp.", daß der 14. Mai als Tag der Urwahlen bestimmt ins Auge gefaßt ist. Und auch sie warnt davor, sich von den Konservativen hinters Licht führen und überrumpeln zu lassen. Für die konservative Partei, die ja ihrerseits über einen leicht und rasch spielenden Apparat verfügt, ist bei dem Dreiklassenwahlsystem in der Tat nichts so wichtig, als eine möglichste Ueberrumpelung des Gegners, dem nur ja keine Zeit gelassen werden darf, die für ihn viel langwierigen Wahlvorbereitungen gehörig zu betreiben. Darum nochmals: man möge sich durch die konservativen Manöver nicht abhalten lassen, sobald und so umfassend als möglich an die unerläßliche Kleinarbeit für die Wahlen heranzugehen.

Ueberreichung der Kollektivnote.

Die Kollektivnote der Mächte wurde am Freitag um 3 Uhr Nachmittags durch den österreichisch-ungarischen Botschafter Markgraf Pallavicini als dem Doyen mit einigen Worten überreicht. Die übrigen Botschafter waren nur Zeugen der Ueberreichung. Der Minister des Aeußern Noradunghian erklärte, er nehme von der Note Kenntnis. Die Pforte werde sie sobald als möglich beantworten. Unmittelbar danach trat der Ministerrat zusammen, um die Antwort zu beraten. Die Beratung war nur von kurzer Dauer. Der Ministerrat, der die Antwort der Pforte vorbereiten soll, wurde am Freitag einberufen. In Kreisen der Pforte glaubt man, daß die Inseln des Archipels für die Türkei gerettet werden können.

Der Wortlaut der Mächte-Note.

Berlin, 18. Januar. Die von den Botschaftern in Konstantinopel übergebene identische Note hat folgenden Wortlaut:

Die unterzeichneten Botschafter von Oesterreich-Ungarn, England, Frankreich, Rußland, Deutschland und Italien sind von ihren Regierungen beauftragt, dem Minister des Auswärtigen und Sr. Majestät dem Sultan folgende Mitteilung zu machen: In dem Wunsche, der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorzubeugen, glauben die genannten Mächte die Aufmerksamkeit der ottomanischen Regierung auf die schwere Verantwortung lenken zu sollen, die sie auf sich nehmen würde, wenn sie, entgegen den Ratschlägen der Mächte, die Wiederherstellung des Friedens verhinderte. Sie würde es nur sich selbst zuzuschreiben haben, wenn die Fortsetzung des Krieges die Folge hätte, das Schicksal der Hauptstadt in Frage zu stellen und vielleicht die Feindseligkeiten auf die asiatischen Provinzen des Reiches auszudehnen. In diesem Falle wird sie nicht auf einen Erfolg der Bemühungen der Mächte rechnen können, sie vor Gefahren zu bewahren, denen sich auszusetzen sie ihr bereits widerraten und auch weiter abreden. Wie die Dinge liegen, wird die ottomanische Regierung nach dem Friedensschluß des moralischen und materiellen Beistandes der europäischen Großmächte bedürfen, um die Schäden des Krieges wieder gut zu machen, ihre Stellung in Konstantinopel zu festigen und die weiten asiatischen Gebiete in guten Stand zu setzen, deren Gedeihen die wirksamste Stärke bilden wird. Um dieses notwendige Werk zu unternehmen und durchzuführen, würde die Regierung des Sultans auf die Wirksamkeit einer wohlwollenden Unterstützung der Mächte nur dann rechnen können, wenn man ihren Ratschlägen folgen wird, die von den allgemeinen Interessen Europas und denen der Türkei eingegeben sind. Daher glauben die europäischen Großmächte, gemeinsam der ottomanischen Regierung erneut den Rat geben zu sollen, der geforderten Abtretung der Stadt Adrianopel an die Balkanverbündeten zuzustimmen und den Großmächten die Sorge zu überlassen, über das Schicksal der Inseln im Aegäischen Meer zu befinden. Gegenüber diesen Zugeständnissen würden die genannten Mächte es sich angelegen sein lassen, den Schutz der muselmanischen Interessen in Adrianopel und die Achtung vor den in dieser Stadt sich befindlichen Moscheen, religiösen Gebäuden und Grundstücken zu sichern. Sie würden ebenso dahin wirken, daß bei der Lösung der Frage der Inseln des Archipels jede Drohung für die Sicherheit der Türkei ausgeschlossen sei.

Kriegskundgebungen in Stambul.

r. **Konstantinopel, 18. Januar.** (Eigene Drahtmeldung.) **Vor dem Sultansschlosse und dem großen Platze vor der Hagia Sofia fanden heute große Kundgebungen für den Krieg und für den Großwesir Kiamil Pascha statt, an denen auch viele Priester teilnahmen.**

Einige Redner hielten auf dem Platze vor der Hagia Sofia scharfe Hetzreden gegen die Christen, an die „die Heiligtümer von Adrianopel verkauft werden sollen". Eine große Abteilung Kavallerie trieb die Passanten mit Säbelhieben auseinander. Einige fanatische Priester hatten versucht, sich in die Kasernen der kurdischen Regimenter einzuschleichen und unter den Soldaten zu agitieren. Sie wurden aber verhaftet.

In mehreren Stambuler Moscheen wurden am Freitag morgen Plakate mit der Unterschrift „Das Komitee der islamitischen Religion" gefunden, auf denen die Regierung angegriffen wird, weil sie das Land zugrunde richte, Adrianopel preisgebe und unter dem Vorwande der Einführung von Reformen auch Armenien aufgebe. Die Plakate fordern die Mohammedaner auf, sich zu erheben und den Krieg zu verlangen. Die Regierung ordnete eine Untersuchung an, scheint aber der Sache keine besondere Bedeutung beizumessen.

Notizen.

Die Botschafterkonferenz hielt Freitag Nachmittag mit Staatssekretär Grey eine Sitzung ab. Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky hatte kurz vorher bei Staatssekretär Grey vorgesprochen.

Die bulgarische Antwort auf die Vorschläge Joneschus entspricht nicht den Auffassungen der rumänischen Regierung. In rumänischen Kreisen wird aber erklärt, daß kein Abbruch der Verhandlungen zu befürchten sei, die der rumänische Gesandte Misch u voraussichtlich Anfang nächster Woche wieder aufnimmt.

In Sofia ist eine Abordnung von Vertretern israelitischer Gemeinden aus Frankreich, Deutschland und England eingetroffen, die große Mengen Lebensmittel und Kleidungsstücke überbringt, die unter die Juden Adrianopels nach dem erwarteten Falle der Festung verteilt werden sollen.

Die Zahl der seit Ausbruch des Krieges verwundeten serbischen Soldaten beträgt 11 000, die Zahl der erkrankten Soldaten 10 000; hierbei ist die Zahl der in den Spitälern der eroberten Gebiete untergebrachten Verwundeten und Kranken nicht mit eingerechnet. Die Listen der gefallenen und der infolge Krankheiten gestorbenen Soldaten sind noch nicht fertiggestellt.

Wegen der Unterseeminen ist die Einfahrt in den Hafen von Piräus und die Ausfahrt aus demselben nur zwischen 7 Uhr Morgens und 5 Uhr Abends und nur unter Hinzuziehung eines Lotsen gestattet.

Präsident Poincaré.

Die enttäuschten radikalen Gegner der Kandidatur Poincaré schwören Rache. Sie werfen — das Privattelegramm unseres nach Versailles entsandten Pariser Korrespondenten im heutigen Morgenblatt wies bereits darauf hin — dem neuen Präsidenten der Republik vor, daß er nur mit den Stimmen der Rechten seine keineswegs imponierende Mehrheit erlangt habe. In der Tat haben ihm ja auch die Sozialisten selbst im zweiten Wahlgange die Gefolgschaft versagt, sondern Vaillant gewählt. Im gesamten radikalen Feldlager herrscht eine Stimmung, als wären die Vorgänge des gestrigen Tages nur das Vorspiel zu Obstruktionen gegen jede gedeihliche parlamentarische Arbeit. Man darf aber die Drohungen, die unter dem Eindruck der eklatanten Niederlage des von Clemenceau auf den Schild erhobenen Pams laut geworden sind, wohl nicht allzu tragisch nehmen. Das künftige Ministerium Briand wird fraglos während der ersten Wochen manchen heftigen Strauß gegen die Opposition in der Kammer und im Senat zu bestehen haben. Allmählich werden sich die Gemüter beruhigen. Denn — was das wichtigste ist — Präsident Poincaré ist der Erkorene des großen Publikums, der „öffentlichen Meinung". Und für deren Sympathien und Antipathien haben auch die starrsten Republikaner unter den Deputierten und Senatoren Frankreichs eine feine Witterung.

* * *

Nach der Wahl.

Als in Versailles das Ergebnis des zweiten Wahlganges, der Sieg Poincarés, verkündet wurde, wurde Poincaré mit langanhaltendem Beifall im Zentrum, auf der Rechten und zahlreichen